

Regierungsratsbeschluss

vom 26. Februar 2019

Nr. 2019/306

Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte (GpR); Kommunale Wahlen: Zweiter Wahlgang und Ersatzmitglieder Botschaft und Entwurf an den Kantonsrat

1. Ausgangslage

Die Staatskanzlei unterbreitet die Vorlage «Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte (GpR); Kommunale Wahlen: Zweiter Wahlgang und Ersatzmitglieder» zur Beratung und Beschlussfassung.

2. Beschluss

Die Vorlage wird zuhanden des Kantonsrates beschlossen.



Andreas Eng
Staatsschreiber

Vorberatende Kommission

Justizkommission

Verteiler

Ratsleitung (8)
Präsidien der ständigen kantonsrätlichen Kommissionen (7)
Staatskanzlei (eng, rol, ett/jol), mit B+E
Aktuarin JUKO (stb), mit B+E
Parlamentsdienste (2), mit B+E
Traktandenliste Kantonsrat